

Kundgebung:

Atomkrieg verhindern: Keine weitere Eskalation!

Sonntag, 1. Mai – 14:30 Uhr

Hamburg, gegenüber U-Bahn Baumwall



Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und der wachsenden Spannungen zwischen der NATO und Russland hält UN Generalsekretär Antonio Guterres einen Atomkrieg für möglich. Dennoch setzt die Bundesregierung weiterhin auf Aufrüstung und immer mehr Waffenlieferungen an die Ukraine, darunter auch schwere Waffen wie Panzer. Wie die Eskalation zum Atomkrieg verhindert werden soll, sagt sie nicht.

Die Menschen in der Ukraine wären bei einem Atomwaffeneinsatz die ersten Opfer. Aber auch Deutschland und andere Unterstützerländer der Ukraine sind in Gefahr.

Der Einsatz einer einzigen Atomwaffe über einer Großstadt kann über eine Million Menschen töten und schwer verletzen. Die Atomwaffen in den russischen und US-amerikanischen Arsenalen, die innerhalb von Minuten abfeuerbereit sind, würden das Leben auf der Erde beenden. In Krisen wie dieser ist die Gefahr besonders hoch, dass Missverständnisse oder

Fehlalarme zum Einsatz von Atomwaffen führen. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Kauf neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge vom Typ F-35 leitet die Stationierung der aufgerüsteten US-amerikanischen B61-12 Atomwaffen ab 2023 in Büchel, Rheinland-Pfalz ein. Damit erhöht sich die Gefahr eines Angriffs auf Deutschland. Denn die Atomwaffen in Büchel sind keine Abschreckungswaffen. Da ihr Standort bekannt ist und da es Tage bis Wochen dauert, bis sie einsatzbereit sind, wären sie im Kriegsfall erstes Angriffsziel.

Die B61-12-Bomben sind nach der Atomwaffen-Doktrin der USA aufgrund ihrer höheren Zielgenauigkeit für den Einsatz in konventionellen Kriegen vorgesehen. Sie können jedoch – so wie das zur Zeit noch in Büchel stationierte Vorgängermodell – die mehrfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe entfalten. Ihr Einsatz wäre ein Tabubruch und könnte zum weltweiten Atomkrieg führen. Es droht ein selbstmörderisches Wettrüsten in Europa: Wladimir Putin hatte bereits 2015 angekündigt, auf die völkerrechtswidrige Aufrüstung in Büchel mit Gegenmaßnahmen zu reagie-

ren. Belarus hat seinen Status als atomwaffenfreie Zone im Februar aufgegeben, um gegebenenfalls russische Atomwaffen zu stationieren und aus Polen werden Forderungen nach NATO-Atomwaffen laut.

Die Investition von 100 Milliarden Euro in Aufrüstung wird zur weiteren Verschärfung der Spannungen mit Russland führen und ist aus militärischer Sicht sinnlos, da selbst eine hochgerüstete Bundeswehr der Bedrohung durch Atomwaffen nichts entgegensetzen kann. Sie steht im krassen Gegensatz zu den jährlichen Ausgaben für das Gesundheits- (16 Milliarden) oder das Umweltministerium (2,7 Milliarden) und damit zu den echten Sicherheitsbedürfnissen der Menschen. Militärische Aufrüstung kann den existentiellen globalen Krisen wie Klimawandel, Corona-Pandemie, Armut und neuen nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen nichts entgegensetzen. Sie verbraucht überlebenswichtige Ressourcen und verschärft den Klimawandel durch einen massiven Ausstoß von Treibhausgasen. Laut US-Kongress ist das US-Militär der größte Konsument von Erdölprodukten weltweit.

Das 100-Milliarden-Paket soll vermutlich Anfang Juni im Bundestag beschlossen werden. Weil dafür eine Grundgesetzänderung nötig ist, müssen zwei Drittel des Bundestages und des Bundesrates zustimmen. Gemeinsam können wir es schaffen, das zu verhindern.

Kommt zur Kundgebung, demonstriert mit uns!

- **Keine 100 Milliarden für Aufrüstung – fordert Eure Bundestagsabgeordneten auf, dagegen zu stimmen.**
- **Kein Kauf von F35-Atombombern und keine nukleare Aufrüstung in Deutschland!**
- **Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und Deeskalation jetzt.**
- **Gemeinsame Sicherheit statt Aufrüstung gegen eine Atommacht.**
- **Beitritt zum Atomwaffenverbot der Vereinten Nationen!**



**Weitere Infos:
ippnw.de/bit/ukraine**

IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. Körtestraße 10 | 10967 Berlin | kontakt@ippnw.de

Spenden: GLS-Bank, DE23 4306 0967 1159 3251 01 | GENODEM1GLS, Stichwort: *Friedensarbeit*